



Christian Kaiser Im Störling 20 78166 Donaueschingen

An das Landratsamt des SBK
Herrn Landrat Karl Heim
Am Hoptbühl 2
78048 Villingen-Schwenningen

**Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar**
c/o Christian Kaiser
Im Störling 20
78166 Donaueschingen
Tel.: 0771/3466
Fax: 0771/15525
Email: Christian.Kaiser.GmbH@t-online.de

Donaueschingen, den 29. November 2010

**Betr.: DS 123/2010 „Standortsuche für geologische Tiefenlager
zur Lagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz“
Antrag auf Ergänzung der Stellungnahme an das BFE**

Sehr geehrter Herr Landrat Heim,

unsere Fraktion stellt hiermit den Antrag, den Entwurf des Schreibens an das Bundesamt für Energie / Herrn Dr. Walter Steinemann um einige Aspekte zu ergänzen. Unter dem Punkt „Grundsätzliches“ sollten mindestens die nachfolgenden 3 Themenbereiche hinzugefügt werden:

- 1. Die Beseitigung der gefährlichen Atomabfälle ist ein gesellschaftliches Problem, das weltweit noch nicht gelöst ist. Während wir den Nutzen aus der Kernenergie ziehen, hinterlassen wir unseren Nachkommen über Jahrtausende die strahlenden Reste. Die Risiken und Unsicherheiten, die nach dem Einbringen in Tiefenlager verbleiben, sind im Verlauf der Etappe 1 noch deutlicher geworden. Es ist uns klar, dass der vorhandene Atommüll "beseitigt" werden muss. Wir appellieren aber an Sie, den Anfall von neuem Müll zu stoppen und in der Schweiz keine neuen Kernkraftwerke zu genehmigen sowie die vorhandenen Kernkraftwerke schnellstmöglich abzuschalten. Wir fordern ein die Endlagersuche begleitendes Ausstiegsszenario aus der Atomwirtschaft und ein effektives Förderprogramm für erneuerbare Energien für die Schweiz.*
- 2. Auch wenn die ENSI und andere Experten die sechs Standortvorschläge der NAGRA gut geheissen haben, sollten die weiteren Arbeiten in der entscheidenden Etappe 2 von einer wirklich unabhängigen Expertengruppe durchgeführt werden. Die NAGRA ist dies nicht. Sie verniedlicht in ihrer Öffentlichkeitsarbeit das Problem und publiziert schon heute "Die Einlagerung der hochaktiven Abfälle beginnt 2040". Sie bezeichnet die Atommüll-Beseitigung als gelöst, obwohl sie wichtige Fragen, wie nach der Zugangsart zu den Lagerstollen (Rampe oder Schacht) oder nach dem geeigneten Behältermaterial noch immer nicht beantworten kann.*

-
3. Wir haben den Eindruck, dass mit der grossen Anzahl ausgelegter Unterlagen, die für einen Normalbürger relativ unverständlich sind, die betroffene Bevölkerung "erschlagen" und Sicherheit "vorgegaukelt" werden soll. Die recht zahlreichen noch ungeklärten Fragen sind nur mit grossem Aufwand und mit Fachwissen herauszufiltern. In allen letzten Anhörungen hieß es immer wieder: "Sicherheit hat für das BFE höchste Priorität". Wir fordern deshalb vom BFE eine verständliche Zusammenstellung zum Thema "Was wir alles noch nicht wissen und welche Risiken für unsere Nachkommen bestehen noch".
-

Wir möchte Sie darum bitten, unseren Ergänzungsantrag im UTG vom 29.11.2010 zur Diskussion und Abstimmung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Kaiser